

Emissionshandel: Warum die Privatisierung von Luft unser Klima nicht rettet

“Carbon trading is being promoted as the only solution to the climate crisis, pushing aside alternative approaches...and it's proving to be a farce.” Kevin Smith, Carbon Trade Watch

“The system can be gamed; that's why financial types like me like it – because there are financial opportunities.” George Soros

“In an atmosphere of privatization, they privatised the atmosphere.”
Durban-Erklärung afrikanischer NGOs

Die Klimakrise ist die Folge unseres derzeitigen neoliberalen Produktions-, Handels-, und Konsummodells. Marktbasierte „Lösungen“ wie der Emissionshandel werden daher unser Klima nicht retten. Der von den Regierungen forcierte Emissionshandel führt zu unabschätzbaren Risiken auf den Finanzmärkten, privatisiert das globale Gemeingut Luft und behindert den dringend nötigen Umbau hin zu einem nachhaltigen und klimafreundlichen Wirtschaftssystem.

- **Emissionshandel führt zu keiner Reduktion der Treibhausgase**

Sowohl der europäische Emissionshandel¹ als auch der Clean Development Mechanism (CDM)² des Kyoto Protokolls haben zu einem Anstieg der Emissionen geführt.

Im EU-Emissionshandel wurden von Anfang an viel zu viele Verschmutzungsrechte ausgegeben. Laut UNO müssen die CO²-Emissionen jährlich um 3 Prozent zurückgehen. Doch die Zuteilungen wurden so berechnet, dass zwischen 2008 und 2012 der CO²-Ausstoß um insgesamt nur 6 Prozent zurückgeht - gemessen am Stand von 2005. Industriezweige haben für die Jahre 2008 bis 2012 Zertifikate für 400 Millionen Tonnen CO² übrig - nicht zuletzt wegen der gedrosselten Produktion durch die Wirtschaftskrise. Die nicht verbrauchten Zertifikate können sie entweder weiterverkaufen oder für die nächste Phase des Emissionshandels aufheben. Beides führt dazu, dass der Preis verfällt und kein Anreiz geschaffen wird, in CO²-arme Herstellungsmethoden zu investieren. Auch in Entwicklungsländern hat der CDM nicht zu „sauberer Entwicklung“ geführt. Im Gegenteil: Profite aus dem Emissionshandel werden in klimaverschmutzende Industrien in den ärmsten Ländern reinvestiert.

- **Profit statt Klimaschutz**

Der Handel mit Emissionszertifikaten bringt daher den Klimaschutz nicht voran, sondern wird selbst zum Geschäft. Fallbeispiele belegen, dass Emissionshandel weder zu nachhaltigen noch zu sozial gerechten Lösungen führt. Die Gewinner des Systems sind Industriestaaten und große Konzerne. So ist es profitabler für Energieunternehmen alte Kohlekraftwerke durch neue zu ersetzen als auf erneuerbare Energien umzusteigen.

- **Die nächste Finanzblase droht**

Durch den Handel von Emissionszertifikaten droht eine neue Subprime-Blase auf den Finanzmärkten – denn der Großteil wird nicht von Industrien, sondern von Banken und Investoren

¹ Der EU-Emissionshandel (European Union Emission Trading System, EU ETS) ist ein marktwirtschaftliches Instrument der EU-Klimapolitik mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen unter minimalen volkswirtschaftlichen Kosten zu senken. Die kostenlose Zuteilung großer Teile der Emissionszertifikate bewirkt einen unverhofften Vermögenszuwachs bei den Stromversorgern. Zertifikate können als Produktionsmittel bei der Herstellung eingesetzt oder am Markt verkauft werden. Ihr Marktwert muss sich dabei im Endpreis des Produktes widerspiegeln. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Zertifikate gratis zugeteilt wurden oder nicht. Die Stromversorger gaben diese erhöhten Strompreise direkt an die Verbraucher weiter und lukrierten damit unverhoffte Gewinne von mehreren Milliarden Euro jährlich.

² Der Clean Development Mechanism (CDM) ist einer der vom Kyoto-Protokoll vorgesehenen flexiblen Mechanismen. Die Reduktionsleistung eines CDM-Projekts ist immer hypothetisch, da die tatsächlichen Emissionen mit Projekt mit einem Referenzszenario verglichen werden, das besagt, wie viele Emissionen ohne Projekt ausgestoßen worden wären. Somit werden im CDM-Handel hypothetische Einsparungen gegen reale Emissionen gehandelt. Zudem bieten CDM-Projekte paradoxe Anreize. Um möglichst viele CERs verkaufen zu können, ist es vorteilhaft, wenn das Referenzszenario möglichst emissionsintensiv ist. Ein weiteres Problem: Da nur Projekte mit Einsparungen ab ca. 15.000 Tonnen CO²-Äquivalenten wirtschaftlich ist, dominieren Großprojekte - zum Nachteil von Effekte, die durch eine Vielzahl von Kleinprojekten bewirkt würden.

gehandelt. Diese verpacken die Zertifikate in komplizierte Finanzderivate und spekulieren damit. Dadurch entsteht das Risiko eines „subprime carbon markets“ – mit unabsehbaren Folgen für die globale Wirtschaft und den Klimaschutz.

- **Emissionshandel privatisiert Luft**

Emissionshandel erlaubt es Konzernen auf Kosten von Individuen und der Allgemeinheit Rechte an der Verschmutzung des globalen Gemeingutes Luft zu kaufen. Bereits in der Vergangenheit wurden globale Güter aufgrund von Profitinteressen und dem blinden Glauben an den freien Markt privatisiert – mit katastrophalen Auswirkungen in den Bereichen Wasser, Gesundheitsversorgung oder Bildung. Die globalen Gemeingüter sind zu wichtig um sie dem freien Markt zu opfern.

- **Aber ist Emissionshandel nicht besser als nichts?**

Nein. Emissionshandel verhindert echte Alternativen für den dringend notwendigen Umbau unseres Wirtschaftssystems und führt zu mehr CO² Ausstoß.

Die Klimakrise kann im bestehenden Sytem nicht gelöst werden

Um die aktuellen globalen systembedingten Krisen zu überwinden, bedarf es einer neuen Wirtschaftsordnung, welche die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse und die Umsetzung aller sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Rechte ins Zentrum stellt.

Das europäische Attac-Netzwerk fordert daher:

- **Alternativen zum Wachstumsmodell**

Wirtschaftswachstum ohne erhöhten Ressourcenverbrauch ist eine Illusion. Das Bruttosozialprodukt ist kein geeigneter Indikator um sozialen Fortschritt und ein „gutes Leben“ abzubilden. Nur durch ein Ende des „Zwangs“ zum Wirtschaftswachstum kann der Widerspruch zwischen Bedürfnisbefriedigung und nachhaltigem Wirtschaften überwunden werden.

- **Alternativen zum Energiesystem**

Klimapolitik ist nur erfolgversprechend, wenn sie am Anfang der Energiekette, bei der Förderung fossiler Brennstoffe ansetzt. Neue Kohlekraftwerke oder neue Formen der Ölförderung sind ein Hauptproblem im Kampf gegen den Klimawandel. Daher: Das Erdöl muss im Boden bleiben. Erneuerbare Energieformen müssen dezentral und mit Einbindung der lokalen Bevölkerung entwickelt und ausgebaut werden. Forschungen auf diesem Gebiet dürfen nicht von privaten Profitinteressen (Agrartreibstoffe, Atomenergie) dominiert, sondern müssen öffentlich finanziert werden.

- **Alternativen im globalen Agrar- und Lebensmittelsystem**

Das agroindustrielle Modell ist einer der Hauptverursacher für den Anstieg der Treibhausgase. Es beruht auf einem Produktionsmodell des höchstmöglichen Profits bei geringstmöglichen Kosten. Düngemiteleinsatz, Bodenerosion und die Reduktion der Biodiversität gehen mit Hunger, sozialen Krisen und Umweltzerstörung einher. Attac fordert daher eine Kehrtwende der Agrarpolitik weg von der Förderung industrialisierter und erdölabhängiger Massenproduktion hin zu ökologisch-nachhaltigen und standortsspezifischen Produktionsmethoden und Ernährungssouveränität.

- **Alternativen zum globalen Handelsregime**

Das derzeit von Industrienationen vorangetriebene Wirtschaftsmodell fördert ein exportorientiertes Produktions- und Konsummodell, welches einigen wenigen Konzernen hohe Profite ermöglicht. Dieses Sytem basiert auf der Ausbeutung von Rohstoffen und Ressourcen im Süden durch die Länder des Nordens. Die Ausweitung des globalen Handels hat zu einem enormen Ansteigen der Treibhausgase geführt. Attac fordert daher, dass das neoliberale Handelsregime abgeschafft und durch ein alternatives multilaterales Handelsregime ersetzt wird. Dieses muss auf den Prinzipien Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Mitbestimmung aufbauen.